

Christa Wichterich

Transnationale Vernetzungen für Geschlechtergerechtigkeit

Frauenrechte, Widerstand und Engendern der Makroökonomie

Hannah Arendt nennt es »das Wunder der Freiheit«, dass Menschen Prozesse unterbrechen und einen Neuanfang machen können. Dieser Beitrag diskutiert die Versuche von Frauenorganisationen, transnationalen feministischen Netzwerken und feministischen Wissenschaftlerinnen, politisch in die globalisierte Ökonomie und makroökonomische Politik zu intervenieren, um Unterbrechungen der neo-liberalen Umstrukturierung der Ökonomien zu organisieren. Diese kritischen Auseinandersetzungen von Frauen mit neoliberaler Ökonomie im vergangenen Jahrzehnt brachen einen zweifachen Mythos: zum einen den der Geschlechtsneutralität der Makroökonomie, zum zweiten den, dass Makroökonomie ein exklusives Expertenterrain ist.

Dies war möglich auf dem Hintergrund der bewegungspolitischen Erfahrungen, die Frauennetzwerke in den 1990er Jahren mit ihren Interventionen in die Politiken der Vereinten Nationen gemacht hatten, und aufgrund der Entwicklung einer eigenen feministischen Ökonomik. Die transnationalen Frauennetzwerke verknüpfen in ihren Analysen und Auseinandersetzungen mit der Politik der neo-liberalen Globalisierung die mikro-ökonomische Basis mit der makroökonomischen und multilateralen Ebene. Dadurch entsteht eine bewegte Topographie von Kämpfen, Konfrontationen und Verhandlungen, von dezentralen und polyzentrischen Aktivitäten auf unterschiedlichen politischen Ebenen. Ihre vertikale und horizontale Vernetzung stellt zwar keine kohärente soziale Bewegung um eine zentrale Achse dar, ist aber doch eine Art transnationales Projekt, das die Ziele globaler sozialer Gerechtigkeit und Geschlechtergerechtigkeit verbindet.

Globalisierung von Frauenrechten

Nach der 4. Weltfrauenkonferenz 1995 in Peking fand eine strategische und politische Fokusverschiebung auf makroökonomische Politik bei einer Vielzahl von Akteurinnen statt, für die die Serie großer UN-Konferenzen in den 1990er Jahren eine zentrale Mobilisierungs- und Bezugsachse gewesen war.

Die Aktionsplattform von Peking wurde zu einem Symbol für die erfolgreiche Anerkennungspolitik (Nancy Fraser) der internationalen Frauenrechtsbewegung, weil es gelang, das multidimensionale Frauen-/Menschenrechtsparadigma normativ zu verankern. Auch für die Ökonomie öffnete der Menschenrechtsansatz neue frauen- und geschlechterpolitische Eingriffsmöglichkeiten. Der menschenrechtliche Deutungsrahmen definiert die ökonomische Exklusion oder Diskriminierung von Frauen sowie Armut als komplexe Situation der Verletzung von Menschen- und Frauenrechten. Anders als in früheren entwicklungspolitischen Diskursen gelten Frauen damit nicht einfach als Opfer, Bedürftige und Mängelwesen, sondern als bürgerliche Rechtssubjekte, die ein Recht auf Anerkennung, Ressourcen, ökonomische Chancen und soziale Sicherheit einfordern können (Wichterich 2000).

Die Aktionsplattform wurde jedoch aus ökonomischer Perspektive auch heftig kritisiert: diese benennt nicht die herrschaftsstrukturellen Ursachen in der globalisierten Ökonomie und Politik, die verantwortlich sind für Frauenarmut und Geschlechterungleichheiten (Barton 2004). Die unzulängliche Definition ökonomischer Problemlagen führt zu unzureichenden Lösungsansätzen. Alle Bilanzen nach der Pekingener Konferenz stellten deshalb eine Schiefelage bei der Umsetzung der Aktionsplattform fest. Viele Länder verankerten zwar zivile und politische Rechte von Frauen in ihrer Gesetzgebung, vor allem auch den Schutz vor Gewalt. Soziale und wirtschaftliche Rechte wurden jedoch durch globale Tendenzen des Rückzug des Staates aus der Wirtschaft, durch Sozialabbau und Privatisierung beschnitten und gerieten durch die Intensivierung der globalisierten Kommerzialisierung und des Standortwettbewerbs unter Druck (UNRISD 2005).

Von der Anerkennungspolitik zur Widerstandspolitik

An der Basis entstand deshalb zunehmend Widerstand gegen die negativen Auswirkungen der Marktliberalisierung und wirtschaftlichen Anpassungen. Frauen übernahmen eine zentrale Rolle an strategischen Fadenkreuzen der Kämpfe gegen das globalisierte neoliberale Regime und gegen transnationale Konzerne (Rowbotham/Lonkogle 2001, Mies 2002). Sie stellten die Mehrheit in der süd-afrikanischen Anti-Privatisierungsbewegung, die gegen die Einführung hoher Nutzungsgebühren für Wasser und Strom und gegen die Privatisierung der Versorgungsleistungen protestierten. In Nigeria und Indien leisteten sie Widerstand gegen die Aneignung lokaler Ressourcen durch transnationale Konzerne wie Shell, Coca Cola und Monsanto. In Lateinamerika machten Frauen gegen das pan-amerikanische Freihandelsabkommen FTAA mobil. Kleinbäuerinnen organisierten sich bei *Via Campesina* und in Landbesetzungsbewegungen, um ihr Recht auf Land, Biodiversität und Saatgut zu sichern und um es gegen die Privatisierung von Gemeinschaftsgütern und Patentierung zu verteidigen. In Südostasien protes-



tieren Exportarbeiterinnen nicht nur gegen ausbeuterische Arbeitsbedingungen und Organisierungsverbot, sondern auch gegen eine Welle von Betriebsschließungen als Folge von Auftragsvergabe nach China. In mehr als 40 Ländern begannen Gender Budget Initiativen Haushalte, staatliche Einnahmen und Ausgaben geschlechtsspezifisch aufzuschlüsseln. Außerdem beteiligten sich seit 1997 Frauenorganisationen an zwei globalen Widerstandsbewegungen: zum einen an der Kampagne gegen das Multilaterale Investitionsabkommen bei der WTO, zum anderen am Weltmarsch der Frauen, der dezentral die Straße (zurück-)eroberte, um die beiden Themen Gewalt und Armut erneut zu politisieren.

Neu waren die transnationale Vernetzung der lokalisierten Kämpfe und Analysen sowohl auf horizontaler als auch auf vertikaler Ebene. Vernetzung wurde als adäquate Antwort auf die transnationale Integration und Vernetzung der Privatwirtschaft und multilateraler Politik verstanden. Neue transnationale Frauennetzwerke verknüpfen die dezentralen und polyzentrischen Widerstände und übersetzen sie in Öffentlichkeitsarbeit, Lobbying und politische Intervention. Dabei fließen zwei Bündnislogiken zusammen, die Sonia Alvarez für transnationale Netzwerke unterschieden hat, nämlich interessen- und identitätsstärkende Solidarität und auf Politikbeeinflussung orientierte *Advocacy* (Alvarez 2000). So haben sich in *Women in Informal Employment Globalizing and Organizing* (WIEGO) Wissenschaftlerinnen, Gewerkschaftlerinnen und Repräsentantinnen von UNIFEM, des UN-Frauenfonds, zusammengeschlossen, um die Interessen und Identitäten von zwei transnationalen Basisnetzwerken, *Streetnet* und *Home-net*, in internationalen Politikprozessen zu vertreten. In transregionalen Netzwerken wie die *Kampagne für saubere Kleidung* (CCC) und der Anti-Sweatshop-Bewegung bilden verschiedene Akteursgruppen – gewerkschaftliche, Menschenrechts-, Verbraucherschutz- und kirchliche Organisationen – ein Bündnis für »faire Arbeitsbedingungen weltweit« (Musiolek 1999). Daneben gründeten sich auch neue Netzwerke und NGOs wie *Women's Eyes on the Multilaterals* oder das *International Gender and Trade Network* (IGTN), die ganz auf makroökonomische Politik und die internationalen Finanz- und Handelsinstitutionen fokussierten.

Die Gleichzeitigkeit lokaler Proteste und transnationaler Auseinandersetzungen führte zu einer neoliberalismuskritischen Topographie, die der Globalisierung von oben eine »Globalisierung von unten« entgegensetzt, in der »lokale Kämpfe und transnationale Politiken verknüpft« sind (Naples/Desai 2002; Wichterich 2003; Moghadam 2005). Diese Kämpfe und Verhandlungen sind auch ein Lernfeld, um mit der neoliberalen Hegemonie zu brechen und Widerstands- und politische Handlungsfähigkeiten und »verstreute Gegenhegemonien« (Naples/Desai 2002:32) zu entwickeln.

Die Entwicklung feministischer Globalisierungsdiskurse lieferten dafür den Analyserahmen. Die zunächst »globalozentrische« Sicht kritisierte die Globalisierung weltstheoretisch als allumfassendes Zwangssystem entsprechend einem Penetrations- und Vergewaltigungsskript, dem, da es von *Global Players* wie der



WTO, den Internationalen Finanzinstitutionen und den transnationalen Konzernen gesteuert wird, nur globaler Widerstand und globale Gegenmacht etwas entgegensetzen können. Dagegen haben differenzierende Ansätze und das Konzept der »Glokalisierung«, der jeweils lokalen Spezifik des Globalen, komplexere Handlungs- und Widerstandsperspektiven eröffnet (Marchand/Runyan 2001). Wo von der Möglichkeit eines »nationalen Managements« der globalen Einflüsse ausgegangen und verschiedene Märkte und Institutionen als umkämpfte Terrains betrachtet werden, öffnen sich Möglichkeiten, sich mit unterschiedlichen lokalen oder regionalen Widerstandsformen in die Verteilungs- und Umstrukturierungskämpfe von unten, gleichwohl transnational vernetzt, einmischen zu können (Bergeron 2003). So kommt es auch zu neuen Bündnissen und Interessenkonstellationen.

Dies verweist auch auf das »Doppelgesicht der Globalisierung« von Ungleichheit und Demokratisierung (Moghadam 2005:40ff): sie erzeugt zum einen soziale Spaltungen und Polarisierung, zum anderen weltweit gleiche Muster von Arbeit, Beschäftigung, Konsum, Vergesellschaftung und demokratischer Formen. Dadurch entstehen strukturgleiche Problemlagen und Interessen in verschiedenen sozialen Klassen als Grundlage für Demokratisierung, Widerstand und transnationale Vernetzung (UNRISD 2005). Die Basis für funktionierende Vernetzung, so Keck und Sikkink, ist ein Repertoire gemeinsamer Werte, ein gemeinsamer Diskurs- und Deutungsrahmen und gemeinsame Ziele, Politiken verändern zu wollen (Keck/Sikkink 1998:2ff).

Aus feministischer Perspektive beinhaltet die Politik des Widerstands jedoch auch starke Elemente der Politik der Anerkennung. Das Herzstück feministischer Ökonomie ist die Anerkennung unbezahlter Sorgearbeit, die weltweit überwiegend von Frauen geleistet wird, als produktive, d. h. ökonomisch wertvolle Arbeit (Elson 1991; Bakker 1994). Das feministische Konzept »sozialer Bürgerschaftlichkeit« (*Citizenship*) fordert entsprechend staatsbürgerliche Rechte nicht nur für Lohnarbeitende, sondern gleichermaßen für Sorgearbeiterinnen jenseits der Märkte. Informell Beschäftigte, Hausangestellte, Sexarbeiterinnen oder Migrantinnen ohne Papiere fordern Anerkennung als »richtige« Arbeitskräfte, die ein Anrecht auf Arbeitsverträge, Mindestlöhne, soziale Absicherung und gewerkschaftliche Organisation haben. So wie die feministische Ökonomie das Soziale nicht vom Ökonomischen abspaltet, versuchen oft gewerkschaftsähnliche Organisationen von Frauen in den Ländern des Südens, die Trennung zwischen Privatem und Öffentlichem, bezahlter Arbeit und sozialer Reproduktion zu überwinden, paradigmatisch die Organisation von Hausangestellten in Asien und Lateinamerika oder SEWA, ein Verband informeller Arbeiterinnen in Indien. Die Mobilisierung setzt in der Gemeinde, der Nachbarschaft oder im Wohnheim an – weniger am Arbeitsplatz. Der Fokus von Männergewerkschaften, der Lohn, ist nur ein – oft nachgeordnetes – Element im Kampf gegen Ausbeutung, Gewalt und Marginalisierung.

Letzteres führt zu identitätsbasierten Kämpfen, für die Rechtsgleichheit eine strategisch wichtige, normative Bezugsgröße ist. Da die neoliberale Umstrukturierung der Ökonomien sich auf das liberale Rechtsparadigma beruft, ist auf lokaler und nationaler Ebene das Frauen-/Menschenrechtsparadigma ein wirksames Instrument, um die Diskriminierung von Frauen und Gleichstellungsforderungen zu politisieren und Anerkennung, Ressourcen und Umverteilung zu fordern. Regierungen als Rechts- und Gemeinwohlgaranten in die Rechenschaftspflicht zu nehmen und der Privatwirtschaft soziale Unternehmensverantwortung abzuverlangen, ist eine Strategie der Moralisierung von staatlicher und Unternehmenspolitik.

Verschiebepolitik sozialer und wirtschaftlicher Rechte

Wegen der Erfolge des Rechtsansatzes bei den Vereinten Nationen, versuchten einige Frauennetzwerke wie *Women in Development Europe* (WIDE) und *Working Women Worldwide* (WWW), den Rechtsansatz auf die multi-laterale Wirtschafts- und Handelspolitik und die Welthandelsorganisation WTO zu übertragen, indem sie soziale Mindeststandards in den globalen Wertschöpfungsketten einforderten (Hale 1998). Doch die WTO erklärte – wie auch die Weltbank –, dass Menschenrechte nicht zu ihrem Mandat gehören. Zwar beschäftigt auch sie sich mit multi-lateralen Regeln, Rechten und Freiheiten, doch bei ihr haben unternehmerische Freiheiten und Handels-, Eigentums- und Investitionsrechte Vorrang vor allen anderen Rechten. Menschenrechte verweist sie deshalb zurück an die UN-Organisationen, so z.B. Arbeitsrechte an die ILO.

Daraus folgt, dass die soziale Verantwortung für Geschlechtergleichheit zwischen transnationalen Konzernen, lokalen Zuliefererfirmen, nationalen Regierungen und internationalen Organisationen munter hin- und herverschoben wird. Zwar haben Unternehmen inzwischen tausende maßgeschneiderte Verhaltenskodices formuliert, doch wann immer Exportarbeiterinnen und transnationale Bündnisse wie die *Kampagne für Saubere Kleidung* eine unabhängige systematische Überprüfung von außen einfordern, entziehen sich die Firmen der Kontrolle. Die deutsche Privatwirtschaft wehrte sich erfolgreich gegen ein Gleichstellungsgesetz und akzeptierte lediglich eine »freiwillige« Regelung. In der Diskussion über ein neues Arbeitsrecht in China opponieren die Handelskammern der USA und der EU gegen mehr Sicherheiten für die Beschäftigten und fordern »flexible« Regelungen.

Die bewegungspolitische Lektion, die feministische Netzwerke bei der WTO erhielten, war, dass die Strategie der Moralisierung von Politiken mithilfe der Menschenrechte und der Verankerung von Gleichheitsnormen, die bei den Vereinten Nationen als Türöffner gewirkt hatte, nicht auf andere Global Governance Regime und nicht auf die Makroökonomie übertragbar war, weil diese anderen Werte- und

Normensystemen folgen. Zudem ist die WTO nicht bereit, Transparenz herzustellen und zivilgesellschaftlichen Kräften Zugang zu den Regierungsverhandlung zu eröffnen, d.h. sie verschließt sich Demokratisierungsversuchen von außen.

Die Forderung, die Makroökonomie zu »engendern«, geht noch weiter. Die Beziehung zwischen Geschlecht und Makroökonomie wird als Wechselverhältnis gesehen: einerseits baut makroökonomische Politik auf Geschlechterunterschieden auf und setzt Geschlechtsspezifika voraus, andererseits beeinflusst und verändert die Makroökonomie Geschlechtsrollen. Dies schließt ein, dass das Gesamt von marktformiger Produktion und nicht-marktformiger Sorgearbeit und Reproduktion in die ökonomischen Rechnungen und Modelle eingehen muss. Das Konzept ist durch die feministische Kritik an den makroökonomischen Programmen der Strukturanpassung seit den 1980er Jahren beeinflusst. Denn diese Programme hatten durch ihre Fokussierung auf Stabilisierung und Inflationsbekämpfung Sparmaßnahmen im öffentlichen Sektor und eine Verlagerung von Kosten vom Markt in die unbezahlte Sorge- und Subsistenzökonomie mit hochgradig geschlechtsspezifischen Wirkungen zur Folge. Ebenso sind makroökonomische Politiken zu befragen, wie Wachstum erzeugt werden soll und welche geschlechtsspezifischen Voraussetzungen in welche Wachstumsstrategien, z. B. in eine exportorientierte Wachstumsstrategie eingehen. Jede Privatisierungspolitik ist auf ihre Sozialfolgen bezüglich der Zugangsmöglichkeiten zu öffentlichen Gütern, Daseinsvorsorge und sozialer Sicherung abzuschätzen, jede Steuerpolitik bzw. die in vielen Ländern stattfindenden Steuerreformen auf ihre geschlechtsgebundenen Verschiebungen von Belastungen.

»Engendern« der Makroökonomie bedeutet die geschlechtsspezifischen Implikationen makroökonomischer Politiken zu untersuchen und offen zu legen und Geschlechtergerechtigkeit als normative Bezugsgröße in politische Entscheidungsprozesse einzubeziehen (Joekes/Weston 1994; Grown/Elson/Cagatay 2000; WIDE 2001). Kernelement ist, »die Interdependenz zwischen dem von der Makroanalyse berücksichtigten (über den Markt vermittelten) Sozialprodukt und den nicht berücksichtigten (nicht marktvermittelten) Leistungen, die für die Produktion menschlicher Ressourcen wichtig sind«, ex-ante in makroökonomische Politikentscheidung aufzunehmen (Elson 1993:535).

Diese systemische geschlechteranalytische Sicht auf die Makroökonomie wurde zunächst von Handelspolitikern und Ökonomen zurückgewiesen. Die soziale Kategorie Gender habe nichts in makroökonomischen Regelwerken zu suchen, weil diese sich mit aggregierten Daten wie Handelsbilanzen, Zöllen und Zinsen beschäftigen, die nun einmal kein Geschlecht haben. Die AkteurInnen, die diese aggregierten Größen produzieren, blendet die Makroökonomie intentional aus. Deshalb wurden Geschlechterfragen zum einen auf die mezzöökonomische Ebene von Arbeitsmärkten, anderen Teilmärkten und Wirtschaftssektoren oder auf die Mikro-Ebene der Unternehmen und Privathaushalte verschoben und dort privater Verantwortung übergeben, bei den Firmen in der Form von freiwilligen Verhal-



tenskodices. Zum anderen soll die Innenpolitik in jedem Land für Chancengleichheit durch Lohn- und rechtliche Gleichstellung und Fördermaßnahmen sorgen.

Um diese fiskal-, finanz- und handelspolitischen Argumentationen zu kontern, mussten Frauenorganisationen sich die »Sprache des Systems«, der neoklassischen Ökonomie, sowie Kenntnisse über Geld- und Warenströme aneignen. Deshalb wurde ökonomisches Fachwissen für feministische *Advocacy* Netzwerke eine bedeutende strategische Ressource neben dem Frauen-/Menschenrechtsparadigma. Die advokatorische und interventionistische Arbeit des »Engendering der Makroökonomie« wird auf diese Weise von einer professionellen Funktionselite geleistet. Diese ist eher eine epistemische oder Wissensgemeinschaft als dass sie die Überlebenskämpfe von Frauen an der Basis repräsentiert, und bezieht ihre politische Legitimation primär aus ihrer Expertise.

Trotzdem sind diese Funktionseliten nicht einfach »politische Unternehmer« in einem technischen Sinne, wie Keck und Sikkink transnationale *Advocacy*-Netzwerke nennen, sondern sie verknüpfen ihren wissensbasierten Ansatz stets mit einem Rechtsansatz. Das Wissen über multilaterale Politiken und mikro-makroökonomische Zusammenhänge ist ein strategisch bedeutsamer Transmissionsriemen für »transnationale Solidaritäten« (Naples/Desai 2002) zwischen den verschiedenen Ebenen der Proteste und Kritiken. Die Netzwerke verknüpfen mit Trainings zur ökonomischen Alphabetisierung die erfahrungsbasierten Wissenssysteme von Fabrik-, Feld- und Hausarbeiterinnen mit der Expertise feministischer oder anderer nicht-neoklassischer Ökonominen. Die Akteurinnen auf den verschiedenen Ebenen sind ebenso aufeinander angewiesen wie die Wissenssysteme voneinander abhängig sind.

Marktförmige Emanzipation

Die Evaluierung von Frauenorganisationen anlässlich der Bilanzkonferenzen fünf und zehn Jahre nach der Weltfrauenkonferenz in Peking führte zu folgendem Fazit: der Fokus der Frauenrechtsbewegungen auf Identitäts- und Anerkennungs politik in den 1990er Jahren bewirkte, dass die liberale Strategie der Integration und Gleichstellung die transformatorischen Ziele ökonomischer, sozialer und politischer Strukturveränderungen verdrängte (Barton 2004, Charkiewicz 2004). Immer mehr Frauen sind in dominanten Strukturen politischer Institutionen und der kapitalistischen Marktökonomie integriert, ohne dass dadurch nachhaltige systemverändernde Impulse oder Weichenstellungen zur gesellschaftlichen und globalen Umverteilung von Macht und Ressourcen ausgelöst wurden (UNRISD 2005). Bezüglich makroökonomischer Politiken besteht für feministische Forderungen nach Rechts- und Chancengleichheit dasselbe Risiko.

Feministischen Ökonominen und Gender-Aktivistinnen gelang es durch intensive Lobbyarbeit, bei einigen UN-Organisationen Geschlechterfragen in den

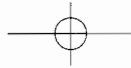


Verhandlungen zu Entwicklung und Handel zu thematisieren und ein Mainstreaming einzufordern (Gammage u.a. 2002; Williams 2003). So führte eine *Inter-Agency-Task Force* zu »Gender und Handel« in Genf unter Leitung von UNCTAD eine Gender-Analyse der verschiedenen WTO-Abkommen mit der Fragestellung durch, ob Handelsliberalisierung die Gleichstellung der Geschlechter voranbringt oder Geschlechterunterschiede reproduziert, bestärkt oder neu konstruiert.

UNCTAD kam zu dem Fazit, dass Geschlechterunterschiede weiter bestehen, und Frauen häufiger von negativen Auswirkungen betroffen sind als Männer. Die politische Schlussfolgerung aus dieser Analyse ist, dass »Wege gefunden werden müssen«, damit Frauen mehr von der Liberalisierung profitieren, indem ihr Zugang zu Exportproduktion, Ressourcen, Mikrokredit, Unternehmensgründung und Training verbessert wird. »Make it work for women«, die Liberalisierung soll sich für Frauen auszahlen, ist die Integrationsformel, die das Dogma des Freihandels und die Handelsabkommen der WTO unangetastet lässt (UN 2004). Das feministische Konzept des »Engendern der Makroökonomie« implizierte jedoch stets eine Doppelstrategie von Geschlechtergleichstellung auf den Märkten und Veränderung der Makroökonomie nach Maßgabe von sozialer und Geschlechtergerechtigkeit.

Auch die Weltbank hat mit ihrem neuen Gender Aktionsplan mit dem Titel »Gender equality as smart economics« emanzipatorische Gleichstellungsforderungen aufgenommen, und will Frauen wettbewerbsfähig machen, damit »die Märkte sich für sie auszahlen.« Frauen sollen – ausgestattet mit Eigentumsrechten an Land, Erbe, Kapital und Unternehmen – als gleiche Marktbürgerinnen konkurrieren können. Geschlechtergleichheit ist für die Bank kein menschenrechtliches Gebot, sondern ein ökonomisches Kalkül: Integration wettbewerbsstarker Frauen bringt Produktivitätssteigerung, Effizienz und Wachstum (Weltbank 2006).

So richtig und wichtig es ist, Chancengleichheit auf den Märkten voranzubringen, so markttotalitär ist die Botschaft der Weltbank: *There is no alternative* (TINA). Die Botschaft, dass Gleichstellung nur über die Märkte und deren neoliberale Spielregeln erfolgen kann, stellt eine Ökonomisierung der Geschlechterfrage dar. Indem nur kapitalistische Marktinstrumente wie Kleinkredite, Unternehmensgründung, Privateigentum an Produktionsmitteln und Land als Gleichstellungsvehikel genutzt werden, werden emanzipatorische Potentiale in anderen Wirtschaftsformen negiert und abgewertet. Frauen sind jedoch außerhalb oder an den Rändern der Märkte überall nach den Prinzipien einer Sorge- und moralischen Ökonomie produktiv tätig. Die »smarte Ökonomie« mit Geschlechtergleichheit à la Weltbank geht somit völlig vorbei an der feministischen Forderung, die Makroökonomie zu engendern und Produktion und soziale Reproduktion zusammenzudenken. Durch die Integration von Gleichstellungszielen und die Überwindung des Ausschlusses von Frauen scheint allerdings der emanzipatorischen Forderung nach sozialen und wirtschaftlichen Rechten von Frauen genüge getan.



Paradoxien der Integration

Das marktliberale Konzept von Geschlechterintegration und -gleichheit verweist auf prinzipielle Dilemmata im Frauen-/Menschenrechtsansatz. Er konstruiert ein überwiegend individualistisches und universalistisches Konzept von Recht und orientiert auf Leitbilder von Selbstbestimmung, Eigenständigkeit, individuelle Freiheit und Autonomie, die den Kontext von Macht und gesellschaftlichen Strukturen vernachlässigen. Die Forderungen von Frauenbewegungen – von eigenständiger Existenzsicherung bis zur Befreiung von patriarchaler Kontrolle – treffen sich mit der Logik der globalisierten Märkte, die auf den marktbürgerlichen Rechten des *homo oeconomicus* aufbauen, nämlich den Rechten des Eigentümers, des freien Wettbewerbers, des Unternehmers, des Bürgers, der für sich selbst verantwortlich ist. Dies sind exakt die Marktrollen, die das »ökonomische Empowerment« von Frauen erzeugen soll. Abgetrennt von den transformatorischen Zielen läuft der inklusive, auf Gleichstellung reduzierte Rechtsansatz Gefahr 1. zu Chancengleichheit verwässert und zwischen unterschiedlichen Marktkräften und politischen Akteuren verschoben zu werden, und 2. nicht die angestrebte Gleichheit zu erreichen, weil in ungleichen Verhältnissen die Starken mehr von gleichen Rechten profitieren.

Die Integration von Frauen in das neoliberale Regime gibt ihnen in einem gewissen Umfang Sichtbarkeit und Stimme, ohne aber die Logik und das Machtregime zu verändern, die das konzerngesteuerte Marktsystem und die internationale Arbeitsteilung bestimmen. Frigga Haug nennt dies im Anschluss an Gramsci »passive Revolution«. Sie spaltet das Doppelziel feministischer Interventionen in die makroökonomische Politik – Geschlechtergleichheit und globale soziale Gerechtigkeit – auf und entkoppelt sie voneinander.

In der Begrifflichkeit Foucaults formuliert führt die Konvergenz feministischer und neoliberaler Ziele dazu, dass Regulierung von außen sich in Selbstregulierung – Gouvernamentalität – übersetzt. Dies erzeugt die selbstverantwortliche, flexible und effiziente Marktbürgerin, setzt neue Mechanismen von Vergesellschaftung über Eigenverantwortung und Marktkonkurrenz durch und trägt so zum neoliberalen gesellschaftlichen Konsens bei (Charkiewicz 2004).

Widerstandsnetz gegen das TINA-Prinzip

Trotz dieser Paradoxie zielt das feministische Projekt, Geschlechtergerechtigkeit und globale soziale Gerechtigkeit zu verknüpfen, darauf ab, ein polyzentrisches und Mehrebenenetz von Widerstand aufzubauen. Um das Prinzip der Alternativlosigkeit, TINA (There Is No Alternative), zu durchkreuzen, wird versucht, den gleichheitsorientierten Integrationsansatz mit einem konfrontativeren und transformationsorientierten Ansatz zusammenzuführen. Bei den WTO-Ministerkonferenzen

in Cancun und Hongkong gelang dies durch eine Doppelstrategie, die konfrontative und verhandlungsbezogene Taktiken verband: außerhalb des Verhandlungsortes protestierten widerstands- und kampagnenbasierte Bewegungen, drinnen versuchten überwiegend wissensbasierte NGOs, einen Dialog aufzunehmen.

Die Verbindung der lokalen Kämpfe, der regionalen Vernetzung und der Interventionen auf multilateraler Ebene durch *Advocacy*-Netzwerke von Expertinnen machen zusammen die Glokalisierung der Widerstandskordinaten aus, die praktisch und theoretisch über die liberale Forderung nach Geschlechtergleichheit hinausgehen und globale soziale Gerechtigkeit erstreiten wollen.

Literatur

- Alvarez, Sonia (2000): Translating the Global: Effects of Transnational on Local Feminist Discourses and Practices in Latin America, in: *Meridiens* 1 (1):29–67
- Bakker, Isabella (ed.) (1994): *The Strategic Silence. Gender and Economic Policy*, London
- Barton, Carol (2004): Global Women's Movements at a Crossroads: Seeking Definition, New Alliances and Greater Impact, in: *Socialism and Democracy*, Vol 18, No 1, 151–184
- Charkiewicz, Ewa (2004): Beyond Good and Evil. Notes on Global Feminist Advocacy, in: *ISIS, Women in Action. Examining feminist and social movements*, Manila, 50–62
- Elson, Diane (1993): Feministische Ansätze in der Entwicklungsökonomik, in: *PROKLA* 93, Frauen in der Ökonomie, 529–551
- Gammage, Sarah/Jorgensen, Helene/McGill, Eugenia with Marceline White (2002): *Framework for Gender Assessment of Trade and Investment Agreements*, Women's EDGE, Washington
- Grown, Caren/Elson, Diane/Cagatay, Nilüfer (2000): Introduction: Growth, Trade, Finance and Gender Inequality. In: *World Development*, 28/7, 1145–1156
- Hale, Angela (ed.) (1998): *Trade Myths and Gender Reality: Trade Liberalisation and Women's Lives*, Uppsala
- Haug, Frigga (2006): Links und feministisch? Feministische Kapitalismuskritik – Probleme und Perspektiven, in: *Widerspruch* 50, Alternativen, 26. Jg./1. Halbjahr 2006, 87–99
- Joeke, Susan/Weston, Ann (1994): *Women and the New Trade Agenda*, UNIFEM, New York
- Keck, Margaret/Sikkink, Kathryn (1998): *Activists Beyond Borders*, Ithaca & London
- Moghadani, Valentine (2005): *Globalizing Women. Transnational Feminist Networks*, Baltimore
- Musiolek, Bettina (Hrsg.) (1999): *Gezähmte Modemultis. Verhaltenskodizes: ein Modell zur Durchsetzung von Arbeitsrechten. Eine kritische Bilanz*, Frankfurt
- Naples, Nancy/ Manisha Desai (eds.) (2002): *Women's Activism and Globalization*, New York/London
- Wichterich, Christa (2000): Strategische Verschwisterung, multiple Feminismen und die Glokalisierung von Frauenbewegungen, in: Ilse Lenz/ Michiko Mae/ Karin Klose (Hg): *Frauenbewegungen weltweit. Aufbrüche, Kontinuitäten, Veränderungen*, Opladen, 233–257
- Dies: (2003): *Femme global. Die Globalisierung ist nicht geschlechtsneutral*, Hamburg
- WIDE (2001): *International trade and gender inequality & Instruments for gender equality in trade agreements. European Union – Mercosur – Mexico*, Brussels
- Williams, Mariama (2003): *Gender Mainstreaming in the Multilateral Trading System. A handbook for policy-makers and other stakeholders*, Commonwealth Secretariat, London
- World Bank (2006): *Gender Equality as Smart Economics: A World Bank Group Gender Action Plan (Fiscal years 2007–10)*, Washington
- United Nations (2004): *Trade and Gender. Opportunities and Challenges for Developing Countries*, New York and Geneva
- UNRISD (2005): *Gender Equality. Striving for Justice in an Unequal World*, Geneva